EuropaA der Hamburgischen Bürgerschaft

Sitzung am 10.10.2025

TOP XX: Drs. 22/18168

**Petitum**

**der Abgeordneten von CDU, SPD und Grünen im Europaausschuss**

**zu Drs. 22/18168**

„Solidarität aus Hamburg und Deutschland – für Kyjiw und für die Ukraine“ - Antrag der CDU-Fraktion

Seit Beginn der russischen Vollinvasion der Ukraine im Februar 2022 hat Russland gezielt eine Flotte von über 1200 meist veralteten und oft nicht versicherten Öltankern aufgebaut, um bestehende EU- und G7-Sanktionen zu umgehen und weiterhin erhebliche Einnahmen aus dem Export von Rohöl zu generieren. Russische Ostseehäfen dienen u.a. als Startpunkte dieser Schiffe. Daher operiert diese Schattenflotte auch in der Ost- und Nordsee.

Die Schattenflotte hilft Russland seinen völkerrechtswidrigen Krieg in der Ukraine zu finanzieren. Laut der Denkfabrik Kyiv School of Economics Institute wurden alleine im Jahr 2024 Öleinnahmen von rund 193 Milliarden Dollar erzielt. Auch im Jahr 2025 wurden bis September bereits rund 115 weitere Tanker gesichtet, die russisches Rohöl beziehungsweise Ölprodukte transportieren. Gut 60 dieser Tanker sind bisher von keinem Sanktionsregime erfasst. Die Aktivitäten dieser Flotte untergraben die Wirksamkeit der europäischen Sanktionspolitik ganz erheblich und müssen daher konsequent unterbunden werden.

Darüber hinaus wird davon ausgegangen, dass die Tanker der Schattenflotte auch als potentielle Basis für Spionageaktivitäten fungieren und somit eine ernste Sicherheitsbedrohung für Deutschland und Europa darstellen. Das mehrfache Eindringen russischer Drohnen in die Lufträume von NATO-Mitgliedsstaaten betont einmal mehr die wachsende sicherheitspolitische Brisanz in der Region.

Seit Anfang des Jahres 2025 gehen die EU und die USA mittels Sanktionen schärfer gegen die Schattenflotte vor. Mit dem 19. Sanktionspaket vom 19.09.2025 weitete die EU die Sanktionsliste auf über 560 Schiffe aus. Diese unterliegen einem Hafenverbot, und in der EU ansässige Unternehmen dürfen mit ihnen keine Geschäfte abwickeln – unabhängig davon, ob die Schiffe sanktioniertes Öl transportieren oder nicht. Allerdings stoßen Sanktionsmaßnahmen für einzelne Schiffe an ihre Grenzen, da sich die Geschäftsmodelle der Schattenflotte als flexibel erweisen.

Als bedeutendster Schifffahrtsstandort Deutschlands und einer der bedeutendsten Standorte innerhalb der EU steht Hamburg in besonderer Verantwortung: Wie die Tagesschau bereits im Winter 2025 berichtete, wurden zwischen 2022 und 2024 elf Tanker aus der deutschen Handelsflotte verkauft und sind nun Teil der Schattenflotte Russlands. Der Verband Deutscher Reeder (VDR) bezeichnete dies als „eine besorgniserregende Entwicklung“. Hamburg ist der mit Abstand wichtigste Reedereistandort in Deutschland. Laut VDR-Angaben haben 82 der 266 Schifffahrtsunternehmen ihren Sitz in Hamburg, was 727 Schiffen beziehungsweise 30,7 Millionen Bruttoregistertonnen entspricht. Hamburg führt auch das größte Schiffsregister in Deutschland. Vor diesem Hintergrund gilt es, der Sorge des VDR Rechnung zu tragen und noch genauer zu prüfen, um nachvollziehen zu können, wie Schiffe aus der deutschen Handelsflotte in die russische Schattenflotte gelangt sind. Es müssen gemeinsame Anstrengungen unternommen werden, damit der Zuwachs der Schattenflotte nicht aus Hamburg gespeist wird. Darüber hinaus muss die Hansestadt alle Hebel in Bewegung setzen, die Bedrohungen durch die russische Schattenflotte abzuwehren. Der Senat stellt in seiner Stellungnahme zur Umsetzung der Resolution der 33. Ostseeparlamentarierkonferenz (Drs. 22/18042) richtig fest, für „eine verstärkte Überwachung des Seeverkehrs, den Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, die Durchsetzung von Vorschriften und gemeinsame Anstrengungen zur Minimierung von Umwelt- und Sicherheitsrisiken“ nicht zuständig zu sein. Dennoch sollte Hamburg in Anbetracht der sich abzeichnenden geopolitischen Risiken und seiner verfassungsgemäßen Rolle als Welthafenstadt nichts unversucht lassen, „für internationale Sanktionen, solange dies nötig ist“, einzutreten.

**Der Europaausschuss möge beschließen:**

Der Bürgerschaft wird empfohlen, abweichend vom Petitum in der Drucksache 22/18168 den folgenden Beschluss zu fassen:

**„**Der Senat wird ersucht,

1. sich mit internationalen Partnern, den anderen Küstenländern und der Bundesregierung weiterhin eng zu geeigneten und wirksamen Maßnahmen gegen die Schattenflotte auszutauschen und abzustimmen;
2. zu prüfen, welche Maßnahmen Hamburg als Bundesland und als wichtiger Schifffahrts- und Reedereistandort angesichts der Bedrohungen durch die russische Schattenflotte ergreifen kann;
3. die Zusammenarbeit mit den Nord- und Ostseeanrainern zur Stärkung der Resilienz aller angesichts der russischen Bedrohung weiterzuführen und auszubauen;
4. im Zivil- und Katastrophenschutz weiter mit den Ostseeanrainern zu kooperieren und voneinander zu lernen;
5. die Ukraine weiterhin vollumfänglich zu unterstützen und einen aktiven Beitrag zum Schutz, zum Wiederaufbau und zur Stabilisierung des Landes zu leisten;
6. der Bürgerschaft bis zum 31.10.2026 zu berichten.“